

POSTULAT von Hans Läubli (Grüne, Affoltern a.A), Peter Weber (Grüne, Wald) und Andreas Erdin (GLP, Dürnten)

betreffend Massnahmen gegen die Verkehrsüberlastung im Knonauer Amt

Der Regierungsrat wird aufgefordert:

- flankierende Massnahmen zu ergreifen, welche spätestens auf den Zeitpunkt der Eröffnung der A4 den Verkehr aus dem Aargau auf ein siedlungsverträgliches Mass beschränken;
- aus Gründen der Verkehrssicherheit, zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung und zur Verbesserung des Verkehrsablaufs die Geschwindigkeit auf der Dorfstrasse in Obfelden, auf der Muristrasse in Bickwil und im Siedlungsgebiet von Ottenbach teilweise oder vollumfänglich auf Tempo 30 zu beschränken;
- zusammen mit dem Kanton Aargau die Kapazitäten der Zufahrtsstrassen aus dem Kanton Aargau so zu beschränken, dass keine Ausbauten auf dem bestehenden Strassennetz notwendig sind;
- den ÖV mit geeigneten Massnahmen zu priorisieren.

Hans Läubli
Peter Weber
Andreas Erdin

Begründung:

Mit der durchgehenden Eröffnung der A4 und somit dem Anschluss in Affoltern a.A. wird im Jahr 2010 gerechnet. Im Bereich der Zubringer wird auf Teilen des kantonalen Strassenverkehrsnetzes im Bezirk Affoltern, insbesondere auf den Zufahrtsachsen aus dem Kanton Aargau, mit bis zu einer Verdoppelung des motorisierten Individual- und Schwerverkehrsaufkommens gerechnet.

Nach den sich jahrelang hinziehenden Abklärungen und Verhandlungen zwischen den Gemeindeverwaltungen und dem Regierungsrat ist letzterer zum Schluss gelangt, dass eine Umfahrung um die Dörfer Ottenbach und Obfelden auf Grund der eidgenössischen Umweltschutz-Gesetzgebung nicht realisierbar ist.

Angesichts des Tempos, das beschritten wurde, bis der seit ein paar Wochen vorliegende Entscheid zu den verschiedenen Umfahrungsvarianten getroffen war und in Anbetracht der Uneinigkeit zwischen den verschiedenen lokalen und den kantonalen Behörden sowie den diversen betroffenen Interessengruppen im Knonauer Amt ist zu befürchten, dass keinerlei Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung umgesetzt sind, wenn der Autobahnanschluss eröffnet wird.

Es ist deshalb dringend notwendig, dass der Regierungsrat wirksame Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung in die Wege leitet. Die Mehrbelastung durch das neue Verkehrsaufkommen und die zu erwartenden Immissionen sind zu verhindern. Mit Geschwindigkeitsbeschränkungen, Pfortneranlagen u.ä. sind Massnahmen für den Langsamverkehr in Angriff zu nehmen und insbesondere die Kinder und schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer auch vor Unfällen zu schützen.